

V o r w o r t

Dieser Geschäftsbericht umfaßt die Jahre 1957 - 1959, erstmalig also einen Zeitraum, der sich über 3 Jahre erstreckt, wie es auf dem DGB-Kongreß im Jahre 1956 beschlossen worden war.

Das Jahr 1959 war von besonderer Bedeutung. Jährte sich doch zum zehnten Male der Tag, an dem der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet wurde. 10 Jahre Gewerkschaftsarbeit im DGB gehören der Vergangenheit an. Geblieben sind die Erfolge, ist das Zeugnis gewerkschaftlicher Kraft und Solidarität als Grundlage weiterer gewerkschaftlicher Bewährung in der Zukunft. Ohne die Gewerkschaften und ihrer ehrenamtlichen Funktionäre würden die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aller Arbeitnehmer und ihrer Familien heute noch unbefriedigend sein.

Gerade diese Tatsache veranlaßt uns, allen denen zu danken, die als Gewerkschafter ihre Pflicht getan haben und sich tagaus, tagein für die Erfüllung unserer Belange einsetzten und damit zur Erreichung unserer Zielsetzungen beitrugen. In gleicher Weise gilt unser Dank und unsere Anerkennung den Oberhausener Ortsverwaltungen der einzelnen Gewerkschaften, die uns bei der Durchführung der dem DGB gestellten Aufgaben in Oberhausen halfen. Ihre solidarische Haltung bildete die Grundlage unserer örtlichen Tätigkeit und Maßnahmen.

Noch sind wir nicht am Ende unserer gemeinsamen Anstrengungen. Die gegenwärtige technische und soziologische Entwicklung hält für die Arbeitnehmerschaft, überhaupt für unsere Gesellschaft, Chancen und Gefahren bereit. In jedem Falle für die Arbeitnehmerschaft, für unseren Staat und unsere Demokratie die besten Lösungen zu erreichen, muß unser besonderes Ziel sein.

Das ist nur möglich, wenn auch weiterhin im DGB unverbrüchliche Solidarität besteht, die Gewerkschaften stark bleiben und wir alle, Mitglieder und Funktionäre, um unsere Pflicht wissen.-

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Oberhausen  
Der Vorstand  
Rudolf Jakfeld



AKH O - 16117  
AKP 1504

## Organisation

In der letzten Wahlperiode 1957 - 1959 setzte sich der Ortsausschussvorstand aus folgenden Gewerkschaftlern zusammen:

Jakfeld, Rudolf	1. Vorsitzender	ÖTV
Baum, Hugo	2. Vorsitzender	Metall
Wonges, Alfred	Schriftföhrer	ÖTV
Pfaffenbach, Georg	Beisitzer	Bergbau
Mathuis, Heinrich	"	Bergbau
Rand, Georg	"	Metall
Saur, Georg	"	ÖTV
Tietz, Franz	"	Chemie
Agelink, Fritz	"	Bau
Schwarz, Hans	"	HGG
Riemann, Karl Heinz	"	Post
Schröder, August	"	HBV
Hann, Ernst .	"	Holz
Sewe, Otto	"	Gartenbau
Arnolds, Josef	"	Druck
Schneiders, Hermann	"	Erziehung-W.
Bading, Rudolf	"	Kunst
Walther, Rudolf	" für Beamte	ÖTV
Kroymann, Irmgard	" für Frauen	Gartenbau
Segeth, Siegmund	" für Jugend	Bergbau
Dr. Hanzinger, Ott-	" für Angestellte	Bergbau

In der Berichtszeit schieden aus:

Pfaffenbach, Georg	Beisitzer	Bergbau
Tietz, Franz	"	Chemie
Segeth, Siegmund	" für Jugend	Bergbau
Baum, Hugo	2. Vorsitzender	Metall

Sie wurden auf Vorschlag der jeweiligen Gewerkschaft ersetzt durch:

Kadow, Eberhard	Beisitzer	Bergbau
Jung, Theodor	"	Chemie
Mathuis, Willi	" für Jugend	HGG

Nachdem später Eberhard Kadow einer Berufung nach Hoers folgte, trat für ihn

Eruecker, Franz. Beisitzer Bergbau  
in den Vorstand ein.

Es wurden in der Berichtszeit 7 Delegierten- und 3 erweiterte Delegiertenkonferenzen durchgeführt. Behandelt wurden nachstehende Themen:

11. 3.57 Aktuelle und grundsätzliche Fragen aus der Arbeitswelt  
(Pater Dr. Reichel)
25. 6.57 Delegiertenkonferenz mit Wahlen
- 28.11.57 Die Bedeutung der Gewerbeaufsicht und die Stellung der Gewerkschaften und Betriebsräte dazu  
(H. Zabel)  
Die Bedeutung der Zeitung "Welt der Arbeit" für den Arbeitnehmer  
(W. Buch)
1. 4.58 Die Entwicklung des Arbeiterrechts in gewerkschafts-  
politischer Sicht  
(E. Bovensiepen)
18. 4.58 Ist die Konjunktur bedroht?  
(L. Rosenberg)
25. 7.58 Ist das Gewerkschaftsprogramm unmodern?  
(K. Baumlopp)
- 11.12.58 Was soll mit unserer Krankenversicherung geschehen?  
(E. Reymann)
21. 4.59 Aktuelle Gewerkschaftsfragen  
(W. Richter)
30. 6.59 Die gewerkschaftlichen Aufgaben in der kommenden Zeit  
(P. Michels)
- 16.10.59 5. ordentlicher Bundeskongress in Stuttgart  
(G. Saur und  
H. Schönitz)  
10 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund  
(K. Jakfeld)

Bei allen Zusammenkünften der Delegierten wurden ebenfalls die örtlichen Probleme unserer Gewerkschaftsarbeit besprochen und notfalls entschieden.

So stellten wir für den 5. Bundeskongress im September 1959 in Stuttgart 4 Anträge, betreffend

1. Mitbestimmung
2. § 7 der Satzung des DGB
3. Mitbestimmung in der Atomenergie
4. 4 Wochen Urlaub als allgemeine gewerkschaftliche Forderung

und für die Landesbezirkskonferenz im November 1959 in Mülheim/Ruhr 5 Anträge, und zwar

1. Abänderung des Urlaubsgesetzes für NRW
2. Gewerbeaufsicht
3. Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung
4. Besoldungsneuregelung in NRW
5. Neuordnung Einberufung Konferenzen.

Sämtliche Anträge wurden angenommen und als Material weitergeleitet.

Der Ortsausschußvorstand tagte in der Berichtszeit zwanzigmal, um gewerkschaftliche und organisatorische Maßnahmen zu diskutieren und zu entscheiden. Folgende Themen wurden u.a. behandelt:

Preisentwicklung- Brotpreiserhöhung - Hausarbeitstag - Sozialversicherungswahlen - Forungsgespräche - Schulfragen - Landtagswahlen - Kampf dem Atontod - 1. Mai - Schulungs- und Bildungsfragen - Angestelltenfragen- Fein der teil- offenen Tür - Gewerkschaftshausneubau - Betriebsrätewahlen - Arbeitsrecht - Arbeitsmarktentwicklung - Selbstverwaltungsorgane beim Arbeitsamt - Jugendleiter-Sonderurlaubsgesetz - Mitarbeit im Rundfunk und Fernsehen - Ruhrfestspiele - Anträge für Bundeskongreß - Freizeitern und Freizeitwerk - Theatergemeinde - Anträge zur Landesbezirkskonferenz - Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Oberhausen- Kaufmännisches Bildungswerk - Tagungsfreies Wochenende - Markenverkauf Aktionsprogramm - Beamtenfragen - Zusammen- arbeit Gewerbeaufsicht und Betriebsräte - Berufsausbil- dungsausschüsse bei der Industrie- und Handelskammer - Bildungsmaßnahmen der Arbeitgeber für Betriebsangehörige - Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter -

Von Zeit zu Zeit fanden Sekretärsbesprechungen zur Unterstützung der laufenden Arbeit statt.

Zum gleichen Zweck bestand ein fast täglicher Kontakt zwischen den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften und dem Ortsausschuß, der zur Intensivierung und Abstimmung der gewerkschaftlichen Tätigkeit beitrug.

Mit den Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten stellten wir stets eine gute Verbindung her. Von uns versandte Rundschreiben, Hinweise und anderes Informationsmaterial aus den verschiedensten Anlässen waren uns dabei eine gute Hilfe.

Wichtig war für uns auch die tägliche Fühlungnahme mit den rat- und hilfesuchenden Gewerkschaftsmitgliedern aus den Betrieben.

Für unsere Gewerkschaftsarbeit und die nötige Kontaktpflege nach innen und außen verbrauchten wir 966 Matrizen mit 131 365 Blatt Saugpost, 12 000 Briefbogen und 45 000 Kuverts.

Auskünfte erteilten wir z.B. in 11 666 arbeits- und sozialrecht- lichen Angelegenheiten. Weit höher war die Zahl derjenigen Besucher, die uns in vielen anderen Dingen befragten (Jugend, Frauen, Bildung, Kultur). Diese Begegnungen mit den Kolleginnen und Kollegen aus den

Betrieben sind für unsere Arbeit von außerordentlichem Wert und geben uns immer neue Impulse und Anregungen.

Von Bedeutung ist für uns auch die Verbindung zu den in Oberhausen beheimateten Parlamentariern, den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, der Stadtverwaltung und vielen anderen Organisationen und Verbänden. In vielen Fällen vermochten wir unsere Standpunkte bekanntzugeben und zu vertreten.

Für die Öffentlichkeit übernahmen wir im Auftrage des Bundesvorstandes die Plakatierung von rd. 8 500 Plakaten und die Verteilung von rd. 180 000 Flugblättern.

Auch die Maifeiern 1957, 1958 und 1959 boten uns Gelegenheit, eindrucksvoll für die Gewerkschaftsbewegung zu demonstrieren.

Es sprachen in

	1957	1958	1959
Oberhausen	Prof. Dr. Ernst Schütte	Fritz Salm	Heinrich Wallbrach
Sterkrade	Karl Dörpinghaus	Gerd Pohl	Karl Braukmann
Osterfeld	Horst Katzor	Eberhard Kadow	Hans Weitzel

Es beteiligten sich insgesamt 57 000 Kolleginnen und Kollegen an den äußerlich wie inhaltlich gut verlaufenen Kundgebungen.

An der Großkundgebung in der Westfalenhalle in Dortmund am 20.10.58, die vom Bundesvorstand mit der Bezeichnung "Konzentration der Macht - Soziale Demontage" durchgeführt wurde, beteiligten wir uns mit 600 Kollegen.

Aus Anlaß der Bundestagswahlen 1957 stellten wir in einer Sonderveranstaltung am 6.9.57 die Kandidaten der einzelnen Parteien des hiesigen Wahlkreises vor. Vor der gutbesuchten Zusammenkunft gaben die Parteivertreter ihre Ansichten zu gewerkschaftsinteressanten Problemen bekannt.

Dem 1958 gegründeten Kuratorium "Unteilbares Deutschland" gehören wir im Vorstand und Beirat an. Von dieser Organisation eingeleitete und durchgeführte Aktionen haben wir tatkräftig unterstützt.

Unsere befreundete Organisation (Konsumentenvereine, Büchergilde Gutenberg) unterstützten wir bei ihren Bestrebungen. Karikative Verbände erhielten ebenfalls im Rahmen des Möglichen unsere Hilfe.

Der Bau unseres neuen Gewerkschaftshauses konnte nach langen Vorbereitungen und Verhandlungen endlich begonnen werden. Die Baugenehmigung wurde uns im Herbst 1959 erteilt.

## Wirtschaft

Die Entwicklung der Wirtschaft im Berichtszeitraum war unterschiedlich. Bis 1956 wurde das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik durch den Frischholbedarf der Industrie nach Investitionsgütern aller Art bestimmt. Der durch Kriegsschäden, Demontage und die Teilung Deutschlands bedingte Anfall an Produktionsmitteln war bis Ende 1956 jedoch im großen und ganzen eingeholt worden. Etwa seit 1957 ließ deshalb die Konjunktur Abschwüchungen erkennen. Diese Tendenz setzte sich über 1958 bis zum Frühjahr 1959 fort. In dieser Zeit betrug z.B. die reale Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts 2,8% (1958) gegenüber rd. 12% im Jahre 1955.

Im Mai 1959 sahen wir unsere Wirtschaft wieder am Beginn einer neuen kräftigen Expansion, die im Herbst 1959 ihre volle Hochkonjunktur erreicht hat.

Abgesehen vom Kohlenbergbau waren an dieser Aufschwung alle tragenden Industriezweige beteiligt.

In unserer Stadt sind am 30.9.56

73 752 Männer  
22 983 Frauen  
96 735 insgesamt

beschäftigt gewesen.

Diese Zahlen stiegen bis zum 30.9.59 auf

75 406 Männer  
27 720 Frauen  
103 126 insgesamt.

Die Roheisenerzeugung betrug im IV. Vierteljahr 1956 355,1 (in 1000 t)

Sie erhöhte sich im IV. Vierteljahr 1959 auf 384,3 (in 1000 t)

Bei der Rohstahlerzeugung standen die Kohlen

im IV. Vierteljahr 1956 auf 422,6 (in 1000 t)

Sie wurde bis zum IV. Vierteljahr 1959 auf 488,1 (in 1000 t)

gesteigert.

Die Strombereitstellung erfuhr im gleichen Zeitraum

eine Erhöhung von 291 636 (in 1000 kW)  
auf 436 368 (in 1000 kW)

Rückläufig war die Steinkohlenförderung und die Kokserzeugung.  
Die Kohlenförderung fiel von 1 356,3 (1000 to)  
auf 1 240,4 (1000 to)  
und die Kokserzeugung von 670,1 (1000 to)  
auf 513,7 (1000 to)

Im Bereich der Kohle stieg nur die  
Herstellung von Steinkohlenbriketts an von 36,6 (1000 to)  
auf 45,1 (1000 to)

Während also im Bereich von Eisen und Stahl 1959 ein erneuter  
Konjunkturaufschwung zu sehen war, der nicht zuletzt seine De-  
pulse von der Bauwirtschaft (frühzeitige Bauaison) und anderen  
Bedarfstträgern (Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Eisen-, Blech-  
und Metallwarenindustrie usw.) erhielt, befand sich der Stein-  
kohlenbergbau seit dem Frühjahr 1958 in einer schweren Depression.  
Es wurden in Oberhausen seit Mitte 1958 bis zum Frühjahr 1959  
45 Pierschichten eingelegt. Dabei verloren die Bergschaften  
1958 und 1959 insgesamt 351 470 Schichten. Die Haldenbestände  
betrugen im Dezember 1959 noch 255 933 to Kohlen und 547 424 to  
Koks.

Zu diesem bekanntlich nicht nur auf den Oberhausener Raum be-  
schränkten Problem erklärte die hiesige IG Bergbau in ihrem Ge-  
schäftsbericht mit Recht, daß sich angesichts der vielen  
Kohlenhalden und vielen Zwangseiferschichten mehr und mehr die  
Notwendigkeit herausstelle, die Bergbau- und Energiewirtschaft  
neu zu ordnen, wenn nicht die Arbeitsplätze der Bergleute und  
die soziale Existenz vieler Millionen Menschen gefährdet werden  
sollen.

In der Berichtszeit stieg der Preis in der Lebenshaltung in Nord-  
rhein-Westfalen

von 114,6 (1950 = 100) im Dezember 1956  
auf 124,2 im Dezember 1959,

wobei die Ernährungskosten seit Mai 1959 erheblich angestiegen  
sind und sich gegenüber 1958 um 8 Indexpunkte (= + 6,6 v.H.) ver-  
teuerten.

Im November 1959 stellten sich somit die Kosten, die die west-  
deutsche Hausfrau für die Ernährung ihrer Familie ausgeben mußte,  
auf ein mehr als ein Drittel höheres Preisniveau als im Jahre  
1950 ( 1950 = 100, 1959 = 137,8)

Um die Jahreswende 1959/60 war die unternehmerische Gewinnsituation besser als je zuvor. Das Jahresende schloß mit den höchsten Gewinnerwartungen der Börse, die sie seit der Währungsreform jemals in den Aktienkursen zum Ausdruck gebracht hatte.

Der ungezügelter Preissteigerungspolitik der Unternehmer kann nur durch eine Anhebung der Verbrauchereinkommen entgegengetreten werden, was ohne Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht möglich ist.

Der Lebensstandard der westdeutschen Arbeitnehmer müßte bei dem heutigen Produktionsvolumen größer sein, und es ist Aufgabe der Gewerkschaften, dieses zu erreichen. Als Ziel sollte man sich einen auf Jahre hinaus gesicherten realen Lohn- und Gehaltsanstieg setzen, der den jährlichen Produktions- und Produktivitätsfortschritt übersteigt. Eine Wirtschaft, die Autos, Fernsehgeräte, Kühlschränke und andere Waren des gehobenen Bedarfs produziert, muß es auch dem Arbeitnehmer ermöglichen, diese Produkte ohne Einschränkung der Ernährung und des anderen Bedarfes zu erwerben.

Die in dem Berichtszeitraum errichteten Lohn- und Gehaltserhöhungen mußten nicht nur <sup>von den Gewerkschaften</sup> gegen die Unternehmer durchgesetzt werden. Oft war auch die öffentliche Meinung, die von den Arbeitgebern mit allen psychologischen Mitteln bearbeitet wurde, zu überwinden. Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, wie Plakate, Broschüren, Flugblätter, Presseberichte, Presskonferenzen usw. versuchten wir in Oberhausen, die auf diesem Gebiet so wichtige Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen. An alle für Kontaktpflege bedeutenden Stellen versandten wir monatlich die vom Bundesvorstand herausgegebene Publikation "Blick in die Wirtschaft", in der aktuelle Wirtschaftsereignisse besprochen werden.

Über die Lohnsteuer besteht die Möglichkeit, das Realeinkommen der Arbeitnehmer zu erhöhen. In der Berichtszeit führten wir deshalb zahlreiche Einzelberatungen durch und nahmen auch eine Informierung der Betriebsräte vor, die wir durch Rundschreiben über neue gesetzliche Bestimmungen und Urteile der Finanzgerichte unterrichteten. Diese Arbeit hat bei den Ratsuchenden sicherlich einige Steuerersparnisse eingebracht. In diesem Zusammenhang ist auch die Durchführung von Steuerkursen erwähnenswert. In jedem Jahr bieten wir allen Betriebsräten und Interessenten die Möglichkeit, sich in allen Steuerfragen von einem Fachmann beraten zu lassen. Daran nahmen von 1957 - 1959 230 Personen teil.

7 die 1961 Lohnsteuerverkürzung durch  
1961 wurden 1400 Aufträge eingereicht  
1962 waren es schon 3000 mit 1.000  
Folgebefragungen von Dylow usw.



## A r b e i t s r e c h t

Nachdem in den Vorjahren kein Fachsekretär für Arbeitsrecht zur Verfügung stand und diese Tätigkeit daher von einem Kollegen, dessen Hauptaufgaben auf anderen Gebieten lagen, wahrgenommen wurde, trat am 1. März 1957, also etwa zu Beginn des Berichtszeitraumes, der Kollege Weinhard seinen Dienst als Fachsekretär für Arbeitsrecht an. Kollege Weinhard betreut die Ortsausschüsse Mülheim und Oberhausen. Aus diesem Grunde gilt der Bericht für den Bereich beider Ortsausschüsse.

Wie sich aus den statistischen Zusammenstellungen ergeben wird, zeigte sich schon bald, daß der Arbeitsanfall auf diesem Gebiet die Einstellung eines hauptamtlichen Fachsekretärs erforderlich machte.

Der Gegenstand der Klagen, die vor dem Arbeitsgericht eingereicht werden mußten, betraf praktisch alle Probleme, die im Arbeitsleben vorkommen. Insbesondere wurden gegen Ende des Jahres 1957, als das Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle in Kraft trat, eine Menge Klagen notwendig, um die mit diesem neuen Gesetz auftretenden Fragen zu klären. Bekanntlich war dieses Gesetz äußerst schlecht redigiert; es gab kaum eine Bestimmung des Gesetzes, welche nicht verschiedene Auslegungsmöglichkeiten bot. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Frage der Berechnungsgrundlage des Zuschusses zum Krankengeld, ob von Kalendertagen oder von Arbeitstagen auszugehen war, weiterhin an das Problem der Zuschußzahlung bei Heilverfahren. Außerdem mußte geklärt werden, in welchen Fällen kein Anspruch auf Zuschuß bestand, weil die Arbeitsunfähigkeit durch den Arbeitnehmer selbst verschuldet war.

Unmittelbar vor Beginn des Berichtszeitraumes, nämlich am 27.11.56 wurde das Urlaubsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen verabschiedet und trat am 1.1.57 in Kraft. Auch dieses Gesetz gab zu verschiedenen Klagen vor dem Arbeitsgericht Anlaß, da es oftmals mit tarifvertraglichen Bestimmungen kollidierte und somit geklärt werden mußte, welche Regelung Vorrang hatte. Die Gerichte haben inzwischen festgestellt, daß Urlaubsbestimmungen, die weniger als die im Gesetz festgelegten 12 Werkstage Mindesturlaub vorsehen, wegen Verstoßes gegen das Gesetz nichtig sind. Außerdem sind nichtig Bestimmungen in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen oder Einzelarbeitsverträgen, die vorsehen, daß der Urlaubsanspruch des Arbeitnehmers bei fristloser Entlassung durch den Arbeitgeber oder Arbeitsvertragsbruch durch den Arbeitnehmer entfällt. In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß bereits im letzten Jahre das Bundesarbeitsgericht entschieden hatte, daß Tarifbestim-

mungen, die besagen, daß das Entgelt für einmal gewährten Urlaub zurückgefordert werden könne, nichtig seien. Diese Entscheidung war am 9.2.56 gefallen. In einer neueren Entscheidung, und zwar am 27.11.59 ist das Bundes-Arb.G. zu einer anderen Auffassung gekommen und hat nunmehr erklärt, daß der Betrag des Urlaubsentgeltes für den bereits gewährten Urlaub vom Arbeitgeber zurückgefordert werden könne, wenn der Arbeitnehmer im Laufe des Urlaubsjahres seinen Arbeitsplatz wechsle, der Rückforderungsanspruch bestehe selbstverständlich nur in Höhe des Urlaubsentgeltes, das für den Urlaub gezahlt wurde, der auf den Teil des Urlaubsjahres nach Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis entfällt. Bei dieser Entscheidung hat das Bundesarbeitsgericht jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Rückforderungsmöglichkeit in den Ländern Bayern, Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nicht gegeben sei, weil die Urlaubsgesetze dieser Länder dem entgegenstehen. Das bedeutet für unseren Bereich, daß es bei der bisherigen Rechtslage ("Einmal gewährter Urlaub kann nicht zurückgefordert werden") bleibt.

Wie allen aus der Presse bekannt ist, war auch das Hausarbeitstagsgesetz Anlaß zu manchen Rechtsstreitigkeiten. Zunächst war die Frage akut, ob bei der 5-Tage-Woche, zu welcher viele Betriebe in den Jahren 1957/58 aus Anlaß der Arbeitszeitverkürzungen übergingen, ein Hausarbeitstag zu gewähren sei. Diese Frage wurde durch das Bundesarbeitsgericht zu Gunsten der betroffenen Arbeitnehmerinnen entschieden, indem es feststellte, daß Anspruchsvoraussetzung nach dem in Nordrhein-Westfalen geltenden Hausarbeitstagsgesetz neben dem eigenen Hausstand nur eine mindestens 40-stündige wöchentliche Arbeitszeit sei. Was als eigener Hausstand gelte, war bereits in den Vorjahren geklärt worden. So wurde beispielsweise als eigener Hausstand auch anerkannt, wenn eine Arbeitnehmerin, die keinerlei Unterhaltspflichten zu erfüllen hatte, ein möbliertes Zimmer mit eigener Kochgelegenheit zum Mittelpunkt ihres Lebens machte. Aus der Presse konnten wir in den letzten Wochen entnehmen, daß das Bundesarbeitsgericht diese Frage erneut zu prüfen hatte und nunmehr wesentlich strengere Maßstäbe anlegte. Da die Begründung zu der neuesten Entscheidung noch nicht schriftlich abgesetzt ist, kann hierzu noch nicht näher Stellung genommen werden. Wir werden gegebenenfalls durch ein Rundschreiben auf diese Frage zurückkommen.

Die Arbeit wurde während des Berichtszeitraumes vorübergehend dadurch erschwert, daß der Vorsitzende des Arbeitsgerichtes Oberhausen, welches für die Städte Oberhausen und Mülheim zuständig ist, sehr oft wechselte.

Der bisher beim Arbeitsgericht Oberhausen tätig gewesene Arbeitsgerichts-  
rat Ingendaa wurde Mitte des Jahres 1958 abberufen und zum Arbeitsge-  
richt Düsseldorf versetzt. In dem folgenden Jahr wurden die verschie-  
densten Richter in Oberhausen eingesetzt, sie waren jedoch alle nur  
sehr kurzfristig tätig, teilweise nur einen Monat oder ein viertel Jahr.  
Insgesamt wirkten von Mitte 1958 bis Mitte 1959 sieben verschiedene  
Richter beim Arbeitsgericht Oberhausen. Seit dem 1.4.59 ist Herr Ar-  
beitsgerichtsrat Schuhmacher als Vorsitzender des Arbeitsgerichtes  
Oberhausen tätig. Am 1.12.59 erhielt er die endgültige Zuweisung der  
Planstelle beim Arbeitsgericht Oberhausen, so daß die oben erwähnten  
Schwierigkeiten nunmehr behoben sind.

An dieser Stelle sollen auch die Kollegen erwähnt werden, die das Amt  
des Richters ehrenamtlich ausüben. Beim Arbeitsgericht Oberhausen sind  
15 Arbeitsrichter, die einer der Industriegewerkschaften angehören, tä-  
tig, und zwar 12 in der Allgemeinen Kammer und 3 in der Fachkammer  
des Handwerks. Aus dem Mülheimer Bereich wurden 12 Kollegen zur rich-  
terlichen Tätigkeit herangezogen. Unter ihnen befinden sich drei haupt-  
amtliche Gewerkschaftssekretäre. 9 dieser Kollegen aus dem Mülheimer  
Raum arbeiten in der Allgemeinen Kammer, 3 in der Fachkammer des Hand-  
werks. Wir möchten betonen, daß die Arbeit dieser Kollegen hinter den  
Schranken des Gerichtes oftmals von entscheidender Bedeutung ist, wenn  
das Wirken des Rechtsschutzsekretärs erfolgreich sein soll. Die Zusam-  
menarbeit zwischen der Rechtsabteilung und den organisierten ehrenamt-  
lichen Richtern war gut. Wir trafen uns während des Berichtszeitraumes  
mehrmals, um die neuesten Entscheidungen der höheren Gerichte zu be-  
sprechen und so jeden Kollegen, der richterliche Funktionen ausübte,  
auf den laufenden zu halten.

Zwei Kollegen aus Oberhausen sind als ehrenamtliche Richter beim Landes-  
arbeitsgericht in Düsseldorf tätig.

Die im folgenden aufgeführten Ziffern betreffen nicht Mitglieder der  
Industriegewerkschaften Metall und Bergbau, da bei den Ortsverwaltungen  
dieser Gewerkschaften jeweils ein eigener Rechtsschutzsekretär ange-  
stellt ist. Auch die Gewerkschaft ÖTV hat die Rechtsschutzfunktion  
zum großen Teil selbständig wahrgenommen. Alle anderen Industriege-  
werkschaften ließen ihre anfallenden Prozesse vor den Arbeitsgerichten  
durch den Rechtsschutzsekretär des DGB führen. Besonders viel Strei-  
tigkeiten ergaben sich aus dem Bereich der Industriegewerkschaft Bau-  
Steine-Erden. Dieses ist nicht zuletzt auf die im Baugewerbe besonders  
starke Fluktuation zurückzuführen.

In den Jahren 1957/58/59 weist die Statistik folgenden Arbeitsanfall aus:

Erteilte Auskünfte:

1957	2 290		
1958	3 238		
1959	<u>2 958</u>	=	
			insgesamt <u>8.486</u>

Wahrgenommene  
Gerichtstermine:

1957	400		
1958	575		
1959	<u>467</u>	=	
			insgesamt <u>1.442</u>

Eingereichte Klagen:

1957	243		
1958	308		
1959	<u>341</u>	=	
			insgesamt 892

Ihre Erledigung fanden im Berichtszeitraum 724  
so daß in das Jahr 1960 = 168  
Sachen übernommen wurden.

Von den abgeschlossenen Sachen wurden erledigt

durch Urteil:

1957	39	<u>Erfolgssumme:</u>	
1958	72	DM 10 564,42	
1959	<u>71</u>	DM 17 979,22	
	= 182	DM 31 094,73	
		insgesamt DM 59 638,37	

durch Vergleich:

1957	144	<u>Erfolgssumme:</u>	
1958	203	DM 27 536,71	
1959	<u>192</u>	DM 46 341,68	
	= 539	DM 37 127,47	
		insgesamt DM 111 005,86	
		Erfolgssumme DM 170 644,23	

Im Berichtszeitraum wurden 3 Beschlußverfahren wegen Streitigkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz anhängig. In allen drei Fällen einigte sich der Arbeitgeber mit dem Betriebsrat, so daß die Sachen nicht durch Beschluß entschieden werden brauchten.

Der Erfolgssumme in Höhe von DM 170 644,23  
steht ein Streitwert von DM 264 101,83  
gegenüber.

Von den durch Urteil erledigten Sachen waren

obsiegende bzw. teilobsiegende Urteile	126
abweisende Urteile	56

## S o z i a l p o l i t i k

Die Rentenversicherung wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1957 neu geregelt. Bis zu diesem Zeitpunkt lagen 90% der Renten aller Arbeiter unter DM 120,-- monatlich. Bei den Angestellten erhielten nur 25% mehr als DM 150,-- im Monat. Vom 1. Januar 1957 an wurden alle laufenden Renten um etwa 50% erhöht. An dieser Besserstellung der Rentempfänger hatten die Bemühungen des DGB einen wesentlichen Anteil. Leider blieben einige der gewerkschaftlichen Forderungen unerfüllt, so z.B. die automatische Anpassung der Renten an die Entwicklung der Löhne und Gehälter.

Als notwendig erwies sich innerhalb unserer örtlichen Arbeit, den Inhalt der Gesetze, die neue Rentenformel sowie das Beitrags- und Leistungsrecht zu behandeln. Das geschah in Versammlungen, in unseren Schulungsveranstaltungen und bei vielen einschlägigen Besprechungen.

Ebenfalls wurde im Jahre 1957 das Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle erlassen. Auf den materiellen Inhalt des Gesetzes an dieser Stelle einzugehen, erübrigt sich, da die Gewerkschaftszeitungen und auch die übrige Presse in unzähligen Abhandlungen den Sachverhalt besprachen. Jedoch noch heute ist das Gesetz umstritten; es wird von verschiedenen Arbeitgebergruppen heftig kritisiert. Auch die Gewerkschaften sind mit dem Endergebnis nicht ganz zufrieden, weil es nicht der gewerkschaftlichen Forderung - voller Lohn - entspricht. Dennoch machte sich der DGB mit der Durchsetzung seiner Ansprüche außerordentlich viel Arbeit. Örtlich veranstalteten wir kurz vor Beginn der 3. Lesung eine Plakat- und Flugblattaktion, die auf die sozialpolitische Notwendigkeit der Lohnfortzahlung einging. Unsere Presseinformation nahm sich des öfteren dieses Themas an und in einer Presskonferenz wurde es ausgiebig besprochen. Auch in Oberhausen war die Lohnfortzahlung in aller Munde.

Als dann im Oktober 1957 von der Bundesregierung die Neuordnung der Krankenversicherung verkündet und der Öffentlichkeit im Dezember 1958 ein Referentenentwurf vorgelegt wurde, protestierten wir am 11.12.58 in einer Entschließung als einer der ersten Ortsausschüsse gegen die beabsichtigten Verschlechterungen (Selbstkostenbeteiligung usw.) Von diesem Zeitpunkt an machten wir in Schulungen und Versammlungen auf die Planungen des Bundesarbeitsministeriums aufmerksam.

Für ein Referententeam des Landesbezirks, das zur Aufklärung der Versicherten diente, stellten wir den Kollegen Menges ab, der sich als Fachmann auch örtlich immer wieder zur Verfügung stellte, um die Auffassung des DGB zur Krankenkassenreform vorzutragen.

Im Hinblick auf die erste Lesung des Gesetzes führten wir in Oberhausen eine weit und breit Anklang findende Plakatträgeraktion durch, bei der 100 Kollegen Parolen zur Reform durch die Stadt trugen. Diese Aktion ist von Fernscher übernommen worden.

Zu den Sozialversicherungswahlen 1958 leisteten wir unseren tätigen Anteil. Wenn auch die Hauptlast der Arbeit bei der Landesbezirksverwaltung lag, die von zentraler Stelle aus mit den konkurrierenden Organisationen und Verbänden verhandelte, mussten wir doch in Oberhausen mit den anderen Wahlbeteiligten (KAB und EAB, Kolping usw.), die in ACA zusammengeschlossen waren, wegen der Wahl bei der Ortskrankenkasse zahlreiche Besprechungen führen. Unsere Bemühungen waren erfolgreich. Es wurde nur eine DGB-Liste eingereicht und somit der Wahlkampf verliessen.

Für uns sind im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse nach dem 6.6.58 4 Kollegen und in der Vertreterversammlung 15 Kollegen tätig.

In den Betriebskrankenkassen nehmen 21 Vorstandsmitglieder und 63 Vertreter, in der Lernungskrankenkasse 1 Vorstandsmitglied und 3 Vertreter unsere Interessen und die der Versicherten wahr.

Bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf sind in deren Organe 2 Oberhausener Kollegen delegiert, ein weiterer ist in den Vorstand des Verbandes der Ortskrankenkassen von Nordrhein-Westfalen gewählt worden.

Unsere Vorstandsmitglieder und Vertreter bei der AOK traten in 14 Sitzungen und Gesprächen zusammen, um die Vorbedingung der Haushaltspläne vorzubereiten und andere wichtige Fragen der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu regeln.

Die Kollegen waren immer bemüht, Verbesserungen für die Versicherten durchzusetzen und letztlich ist es auch ihrem Einfluß zu verdanken, daß die Beitragsschuldungen z. Zt. der Grippeepidemie 1957/58 nur in notwendigen Maß verblieben und sich hernach wieder an einen vertretbaren Rahmen senkten.

Sämtliche Organmitglieder hatten Selbsterhaltung, sich in umfangreichen sozialpolitischen Maßnahmenreihen zu bilden.



Für nachstehende Gewerkschaften wurden Sozialrechtsstreitfälle durchgeführt bzw. stehen noch zur Erledigung an:

- IG Bau-Steine-Erden,
- " Chemie-Papier-Keramik,
- " Druck und Papier,
- Gew. Handel, Banken und Versicherungen,
- " Holz
- IG Metall
- " Nahrung-Genuß-Gaststätten,
- Postgewerkschaft

Durch die vermittelnde Tätigkeit des Kollegen Nikodemus als gewähltes Organmitglied bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf, war es in vielen Fällen möglich, den Kolleginnen und Kollegen ohne vorherige Streitverfahren zu einer Rente zu verhelfen. Einer Anzahl Mitglieder konnte, wenn ihr Antrag abschlägig beschieden wurde, zunächst durch die Bewährung eines Heilverfahrens seitens des Sozialversicherungsträgers zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit geholfen werden.

Unsere Mitarbeit bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist von Gesetzes wegen geregelt. Diese geschieht im örtlichen Bereich bei dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Oberhausen. Es fehlt aber noch immer die echte Selbstverwaltung, denn wie bisher ist das örtliche Organ von den Weisungen und Anordnungen der Zentral- und Mittelinstanzen abhängig. In dem der örtlichen Selbstverwaltung verbliebenen Spielraum versuchten wir allerdings mit den anderen Gruppen (Arbeitgeber und öffentliche Hand) die Oberhausener Fragen des Arbeitsmarktes zu lösen.

Um einer hier und da verbreiteten Annahme entgegenzutreten, daß bei der gegenwärtig guten Arbeitsmarktlage eigentlich die Arbeitsämter unnötig seien, braucht man nur auf die Aufgaben hinzuweisen, die im Verlauf einer Konjunktur erfahrungsgemäß wachsen: die Vermittlung und die Berufsberatung. Aber auch die Versicherungsabteilung war bisher in allen Winterperioden stark überlastet. Es wird sich erst noch herausstellen müssen, ob die gesetzlichen Maßnahmen zum Winterbau (Schlechtwetterregelung) einen Wandel herbeiführen werden.



Die Gewerkschaften vertraten im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Oberhausen:

Ordentliches Mitglied:

Rudolf Jakfeld  
Georg Rand  
Ewald Sander  
Eberhard Kadow  
Margarete Kreuz

Stellv. Mitglied:

Hugo Baum  
Karl Heinle  
Kurt Herforth  
Josef Sickenmann

Im Laufe der Amtszeit schieden die Kollegen Ewald Sander und Eberhard Kadow aus. Sie wurden durch Fritz Entemeier (ÖTV) und Franz Breucker (Bergbau) ersetzt.

Im allgemeinen Ausschuß nahm bis September 1959 Ewald Sander unsere Interessen wahr, ihm folgte der Kollege Rudolf Jakfeld.

Dem Massentlassungsausschuß gehören an:

Ordentliches Mitglied:

Josef Robben  
Kurt Herforth

Stellv. Mitglied:

1. Heinrich Borris  
Ernst Hamm
2. Gerhard Baum  
Josef Duczinski

Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung halten wir für gut. Die Unterrichtung der Ausschußmitglieder und die Vorbereitung der Ausschußvorlagen ist nicht zu beanstanden.

## B i l d u n g s w e s e n

Auch in dieser erstmalig 3 Jahre umfassenden Berichtszeit haben wir unsere gewerkschaftliche Bildungsarbeit nach den seit Jahren tragenden Gesichtspunkten durchgeführt.

Einmal ist die Kernaufgabe vorhanden: die Interessenvertretung der organisierten Arbeitnehmer, die sich zumeist in ihrer Wirkung auf die gesamte Arbeitnehmerschaft ausdehnt. Hierfür ist notwendig die Entfaltung einer bestimmten zweckbetonten Schulung. Zum zweiten kommt es darauf an, nicht den Kopf, sondern den Menschen zu bilden, um ihn zum freiwilligen Dienst in Staat und Gesellschaft fähig zu machen.

An diese Grundsätze gebunden, ändern sich nur unsere Lehrpläne, damit unsere Bildungsarbeit ständig den Bewegungen und Veränderungen im sozialen, politischen und gesellschaftlichen Bereich folgt und die Möglichkeit bietet, an aktuellen und gegenwartsnahen Schiedel anzuknüpfen.

In der Berichtszeit gaben wir 12 000 Lehrpläne aus.

Unsere Bildungsarbeit ist in das seit Jahren bewährte Gewerkschaftsseminar, die Arbeitsgemeinschaften und die allgemeine Bildungs- und Kulturarbeit gegliedert.

Am Gewerkschaftsseminar nahmen

1957	je	59	Kolleginnen	und	Kollegen	an	8	Abenden,
1958	je	78	"	"	"	"	13	"
1959	je	88	"	"	"	"	15	"

teil.

An den Arbeitsgemeinschaften

- Arbeitsrecht,
- Sozialpolitik,
- Sozialgerichtsbarkeit,
- Selbstverwaltung Sozialversicherung,
- Sozialversicherungsrecht,
- Volks- und Betriebswirtschaft,
- Mitbestimmungsrecht,
- Staatsbürgerliches Seminar,
- Gewerkschaftskunde,
- Betriebsräterecht,
- DGB-Justiz,
- Das Recht im täglichen Leben,
- Bildende Einzelvorträge

beteiligten sich im Berichtszeitraum 9 752 Kolleginnen und Kollegen.

Es wurden in der Berichtszeit

180 Schulungsmaßnahmen mit 426 Abenden durchgeführt.

Zu der überörtlichen Bildungsstufe der Gewerkschaftsarbeit - den Bundes-  
schulen - entsandten wir 61 Gewerkschaftsmitglieder, die sich durch  
gute Mitarbeit bei den örtlichen Bildungsmaßnahmen und als aktive Funk-  
tionäre hervorgetan haben.

Davon entfielen		<u>1957</u>	<u>1958</u>	<u>1959</u>
auf	IG Bau	3	2	4
	IG Bergbau	5	2	7
	IG Druck			1
	Gew. Holz			4
	IG Metall	5	4	8
	IG NGG	1	1	1
	Postgewerkschaft	1		
	Gew. ÖTV	<u>5</u>	<u>4</u>	<u>3</u>
		20	13	28

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß sich immer wieder Kolleginnen  
und Kollegen bereit finden, Zeit und Mühen für die Ausbildung in der  
Gewerkschaftsarbeit aufzuwenden. Aus dem Kreise dieser Bildungsbe-  
flissenen wählten wir dann auch den Nachwuchs für die verschiedenen  
gewerkschaftlichen und außergewerkschaftlichen Aufgaben aus.

Es muß aber an dieser Stelle betont werden, daß das Verhältnis der  
Zahl der Bildungswilligen zur Gesamtmitgliedschaft gering ist und  
einer dringenden Verbesserung bedarf.

Innerhalb der allgemeinen Bildungs- und Kulturarbeit vermittelten wir  
mehreren Interessenten Plätze an der Albertus-Magnus-Akademie (katholi-  
sche Soziallehre), im Haus Villigst (evangelische Sozialethik), an  
der Heimvolkshochschule Bergneustadt (freikirchlicher Sozialismus), da-  
mit sie Ordnungsvorstellungen einzelner Gruppen unserer Gesellschaft  
kennenlernen sollten.

Mit der Volkshochschule Oberhausen veranstalteten wir 1959 drei Wochen-  
endlehrgänge, die dieselben Themen zum Ziel hatten. Es beteiligten sich  
je Wochenende 45 Kolleginnen und Kollegen.

In Verbindung mit dem Ortsausschuß Mülheim führten wir am 22.3. und  
am 12.4.58 ein Europa-Seminar durch, in dem die Europäische Integra-  
tion im Bereich der Montanunion, von Kurator, Europäischer Wirtschafts-  
gemeinschaft usw. untersucht wurde.

Zu den Ost-West-Seminaren des Bundesvorstandes des DGB und von "Arbeit und Leben", die unabhängig voneinander in Berlin durchgeführt worden, konnten wir 55 Kolleginnen und Kollegen entsenden.

In diesem Zusammenhang können wir sagen, daß unser Anteil an der Beschickung von außerordentlichen Bildungsmaßnahmen des Bundesvorstandes und des Landesbezirks zufriedenstellend ist. Nicht immer konnten wir die uns angebotenen Plätze belegen.

Im Auftrage des Landesbezirks fand vom 27. - 29.1.58 in Oberhausen ein Dozentenseminar statt, an dem 4 Oberhausener Kollegen teilnahmen.

Eine weitere Vortragsreihe - Dialektischer Materialismus - (6 Abende), die mit der Volkshochschule 1957/58 eingerichtet wurde, fand das Interesse unserer Gewerkschafter. Wir hätten uns allerdings im Hinblick auf das Thema eine größere Teilnehmerzahl gewünscht.

Andere Vorträge allgemeinbildender Art, die mit anerkannten Sachkennern abgehalten wurden - hier ragt besonders die Pritzkolettveranstaltung am 6.2.58 im Ratssitzungssaal heraus: "Wem gehört das Ruhrgebiet?" -, hatten ungeteilten Zuspruch gefunden.

Die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Erwachsenen- und Jugendbildungsarbeit wurde fortgesetzt und zum Teil vertieft. Die seit Jahren vorhandene gute Verbindung mit der Oberhausener Volkshochschule wurde weiter gepflegt. Einon engen Kontakt haben wir auch mit dem Arbeiter-Samariter-Bund und nicht zuletzt mit der evangelischen Männerarbeit. Mit der Oberhausener Theatergemeinde besteht ein gutes Verhältnis.

Ein sinnvolles Symbol des kulturellen Wirkens und Wollens sind die jedes Jahr stattfindenden Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Vor und während der Spielzeit werben wir für das Festspielprogramm, verkaufen Eintrittskarten und organisieren, wenn nötig, die Fahrten nach Recklinghausen. Wir sind aber auch einer der wenigen Orts- und Kreisausschüsse, die die Ruhrfestspiele in die eigene Stadt geholt haben. Von dem Ruhrfestspielensemble wurde am 4.7.57 "Der Parasit" gegeben. Am 26.7.59 gab unser Oberhausener Schauspiel-Studio, das im Auftrage der Ruhrfestspiele eine Stagione durchführte, die Lesung "Im Namen der Freiheit". Die Werbung nach außen war, wie immer, eindrucksvoll.

Während der Berichtszeit hatten wir in vielen Fällen die Vermittlung von Eintritts- und Ermäßigungskarten für verschiedene andere Freizeitveranstaltungen übernommen. Ein Beispiel für viele andere ist der Kartenverkauf für die Filmaufführung "Windjammer" in Essen, der sich 1959 über Monate erstreckte.

Andere Freizeitveranstaltungen waren unsere Besichtigungsfahrten mit gleichzeitiger Erholung der Teilnehmer in schönen Gegenden. So führten wir in den Sommermonaten der Berichtszeit insgesamt 20 Tagesfahrten nach Köln (Gebrüder Stollwerck), Holland, Dortmund (Bundesgartenschau), ins Bergische Land, die Lippe, das Münsterland usw. durch. Hierbei beteiligten sich 800 Mitglieder. Zur Weltausstellung 1958 in Brüssel fuhren wir achtmal mit 360 Teilnehmern.

Weitere Freizeiten, um Land und Leute kennenzulernen und Kontakt zu finden, konnten wir mit Hilfe der österreichischen Gewerkschaften im Salzburger Land und in Karnten einrichten. Die Teilnehmer trafen sich später in insgesamt 19 Gesprächsgemeinschaften, um weiteren Gedankenaustausch zu pflegen. Sechs große Veranstaltungen mit einem vernünftigen Programm fasste in jedem Jahr die verschiedenen Gruppen einmal zusammen.

Bei einer durch den Landesbezirk im Frühjahr 1959 in Köln veranstalteten Ausstellung "Freie Zeit - meine Zeit" verschafften wir fünf Oberhausenern die Möglichkeit, in der Freizeit gefertigte Holzschnitzereien, Skulpturen, Malereien usw. zu zeigen.

Neben den bisher geschilderten Maßnahmen waren gerade in der Bildungs- und Kulturarbeit die Verbindungen zu anderen örtlichen Instituten aufrechtzuerhalten und zu erweitern:

## Handwerksfragen

Immer gilt unsere Aufmerksamkeit auch dem Handwerk und den in diesem Wirtschaftszweig beschäftigten Gesellen und Lehrlingen.

Jedoch sind die Möglichkeiten, in diesem Bereich eine fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit zu leisten, nicht allzu groß; die in der Natur dieses Wirtschaftsbereiches liegenden Umstände setzen unserer Tätigkeit die Grenzen.

Trotzdem ist die gewerkschaftliche Mitarbeit in den Handelskammern nicht ohne Erfolg geblieben. Bei der Neufassung der Berufsbilder und fachlichen Vorschriften des Handwerks wirkten die Gewerkschaften mit. Von Oberhausen sind für die demnächst zu wählende Vollversammlung bei der Handwerkskammer Düsseldorf 2 ordentliche Mitglieder vorgesehen. Bisher hatten wir dort nur einen Stellvertreter.

In der "Lehrlingsaktion" Anfang 1958 wurde ein vom DGB ausgearbeiteter Lehrvertrag als Gegenmuster gegen das unzulängliche Lehrvertragsmuster der Handwerkskammern versandt und an alle Eltern appelliert für ihre Kinder auf gute Lehrbedingungen und Lehrverträge zu achten.

In der ersten Oktoberhälfte 1958 führten wir im Rahmen der im gesamten Bundesgebiet durchgeführten Handwerkswoche in Oberhausen eine besondere Pressekonferenz durch mit dem Ziele, die Öffentlichkeit mit dem gesamten Handwerksproblem bekanntzumachen.

Der Arbeitskreis für Handwerksfragen trat in der Berichtszeit in 10 Sitzungen zusammen, um die verschiedenen Probleme, soweit sie insbesondere das Handwerk betreffen, z.B. Aufgaben des Gesellenausschusses, Gesellenausschuwahlen, Sozialversicherungswahlen bei der Innungskrankenkasse, Mitbestimmung im Handwerk, Krankenversicherungsreform im Hinblick auf die Innungskrankenkasse usw., zu besprechen.

P r e s s e

Auch diese Berichtsperiode stand im Zeichen einer vielfältigen Unterrichtung der örtlichen Presse, um die Oberhausener Öffentlichkeit mit den Gedanken, Zielsetzungen und Aktionen der Gewerkschaften bekanntzumachen. Wir tun dieses auch darum, weil die Unternehmerverbände im allgemeinen starken Einfluß auf die breite Öffentlichkeit zu nehmen versuchen und sich dabei gegen die Gewerkschaftspolitik wenden. Ob es sich um Fragen wirtschafts-, sozialpolitischer oder kultureller Art handelte, ob es die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten angeht, oder die Männer, die Frauen, die Jugend betraf, immer kam es darauf an, deutlich zu sagen, was wir wollten und warum wir es so wollten. Offene Informierung dient der Klarheit in der Demokratie. So gaben wir und die angeschlossenen Gewerkschaften mit unserem, vom Kollegen August Richter betreuten und wöchentlich erscheinenden Informationsdienst

1957	32 Artikel	(ohne Ankündigungen usw.)
1958	102 Artikel	"
1959	87 Artikel	"

an die Oberhausener Zeitungen weiter und hielten in der gleichen Zeit 26 Pressekonferenzen ab.

An dieser Stelle sagen wir der Oberhausener Presse unseren besten Dank für den Kontakt, den sie mit uns hält. Durch freimütige Aussprachen in den Pressebesprechungen wurde die gegenseitige Arbeit gefördert und vertieft.

## F r a u e n

Die Frauenarbeit gewinnt für die Wirtschaft seit Jahren immer mehr an Bedeutung. Die Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen und Mädchen erhöhte sich

von 22 983	am 30.9.56
auf 27 720	am 30.9.59

An der Gesamtarbeitnehmerschaft in Oberhausen sind die Frauen mit 26,9% beteiligt.

Zahlreiche Frauen sind durch Beruf und Haushalt doppelt belastet; leider können hierfür örtlich keine exakten Angaben gemacht werden. Nach allgemeinen Feststellungen sind an Ehefrauen berufstätig

bei Arbeitern	16 %
bei Angestellten	13,2%
bei Beamten	8,8%

Es ist damit zu rechnen, daß in der nächsten Zukunft die Frauenerwerbsarbeit zunimmt. Diese Erscheinungen mußte als Grundlage für unsere Überlegungen über die Frauenarbeit in der Gewerkschaft dienen und, von dieser Tatsache ausgehend, wurde im Berichtszeitraum die gewerkschaftliche Arbeit vom Frauenausschuß des DGB in Oberhausen erledigt.

Der Frauenausschuß des DGB besteht aus Vertreterinnen aller Oberhausener Gewerkschaften und kam in 30 Sitzungen zusammen. Neben den Mitgliedern des Ausschusses beteiligten sich auch Betriebsrätinnen und Vertrauensfrauen der größeren Betriebe an den Sitzungen, so daß immer ein guter Kontakt vorhanden war.

Außer mit organisatorischen Fragen beschäftigte sich der Frauenausschuß mit folgenden Themen:

- Die Rentenreform und ihre Auswirkungen auf die berufstätige Frau -
- Die Frau in Staat und Wirtschaft - Bist Du Staatsbürger? -
- Die Stellung der Frau in der gegenwärtigen Gesellschaft - Das Recht des Menschen auf Altersvorsorge - AVAVG - Hausarbeitstag in Nordrhein-Westfalen nach dem Urteil vom 3.5.57 - Die Verantwortung der Frau in Politik und Gewerkschaft - Arbeitsrecht und arbeitsgerichtliche Rechtsprechung - Die wichtigsten Bestimmungen der neuen Rentengesetze - Allgemeine Rechtsfragen - Warum muß die Landwirtschaft durch Steuerbefreiungen subventioniert werden? -



Verdrängt die Automation die menschliche Arbeitskraft? - Die wichtigsten Arbeitsschutzbestimmungen - Gespräch am runden Tisch - Aus der Arbeit der Erziehungsberatungsstelle - Todesstrafe, ja oder nein? - Lohnt sich eine Weiterversicherung nach der Berufsaufgabe? Sozialreform - Wer trägt die Lasten einer Wirtschaftskrise? - Was ist bei einer Wiedervereinigung mit der Ostzone in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu tun? - Die arbeitende Frau und das Hobby - Kosmetische Winke auch für den Alltag - Soll im Zuge der Krankenversicherungsreform auch der materiell-rechtliche Inhalt des Mutterschutzgesetzes beseitigt werden? - Der Hausfrauentag ist in Gefahr! - Die Altersversorgung der berufstätigen Frau -

Am 2./3.2.57 fand im Gewerkschaftsjugendheim am Kaisergarten eine Wochenendschulung mit 25 Teilnehmerinnen statt, in der Frau Rössling, Essen, über das Thema "Die Stellung der Frau in Produktion und Verbrauch" sprach.

Die Reihe der größeren Frauenveranstaltungen wurde in der Berichtszeit ebenfalls weitergeführt. Sie sprachen am

27. 2.57	Maria Weber		zum Thema "Lohnfortzahlung auch im Krankheitsfalle"
12. 6.57	Peter Claasheer	" "	"Brauchen wir heute noch Gewerkschaften?"
27.11.57	Else Warnke	" "	"Wohin mit den Preisen?"
11. 6.58	Irmgard Kroymann	" "	"Atom - Fluch oder Segen?"
18. 3.59	Rosemarie Brüning	" "	"Bedeutet die Krankenversicherungsreform eine Gefahr für die Familie?"
24.11.59	Irmgard Kroysann	" "	"Wirtschaftswunder - Hausfrauensorgen"

An den Versammlungen, die durch ein Unterhaltungsprogramm umrahmt waren, nahmen im Durchschnitt je 320 Frauen teil,

In Verbindung mit der Briefschule der Gewerkschaften wurden 2 Kurse über Schnittzeichnen und Zuschneiden durchgeführt. Daran nahmen 33 Frauen teil. Mit derselben Einrichtung wurden ebenfalls 3 Modenschauen veranstaltet.

Im September 1958 veranstaltete der Landesfrauenausschuß mehrere Sternfahrten, die der gewerkschaftlichen Erbung und Öffentlichkeitsarbeit dienten. An einer Fahrt mit dem Ziel Hohen im Sauerland nahmen wir mit 100 Frauen teil.

In besonderer Weise setzte sich der Frauenausschuß auch um die Erhaltung des Hausarbeitstages ein. Anfang 1958 wurde nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes eine heftige Campagne der Arbeitgeber und der Unternehmensvereinigungen gegen das Gesetz vorgenommen. Schon damals wehrte sich unser Frauenausschuß in einer Pressekonferenz gegen die Praktiken einzelner Unternehmer, auch in Oberhausen in den Betrieben eine Fragebogenaktion durchzuführen, die den Nachweis erbringen sollte, daß nur ein kleiner Teil der beschäftigten Frauen den Hausarbeitstag überhaupt in Anspruch nähme und dafür also keine Notwendigkeit bestünde.

Als Ende 1959 65 CDU-Abgeordnete im Bundestag einen Änderungsantrag zum Hausarbeitstag einbrachten, dessen Ziel die Verachlechterung des nordrhein-westfälischen Gesetzes war, protestierte unser Frauenausschuß in einer weiteren Pressekonferenz gegen die Maßnahme und entsandte Delegationen zu den Oberhausener Bundestagsabgeordneten, um die bestehende Regelung zu erhalten.

Auch bei einer Großkundgebung zur Erhaltung des gegenwärtigen Hausarbeitstagesgesetzes in der Westfalenhalle in Dortmund war von Oberhausen eine Anzahl Frauen beteiligt.

An die 3. Bundesfrauenkonferenz wandten sich unsere Frauen mit folgenden Anträgen:

- 1) Reform der Krankenversicherung
- 2) Sendezeiten im Rundfunk
- 3) Hausarbeitstag
- 4) Verlegung der Zehltage für Lohnempfänger
- 5) Ladenschlußgesetz

Die Landesfrauenkonferenz befaßte sich ebenfalls mit Anträgen, die unser Frauenausschuß vorbrachte. Es handelte sich um

- 1) Hausarbeitstagesgesetz
- 2) Luftverschmutzung
- 3) Krankenkassenreform
- 4) Diktaphomaschinen für Stenotypistinnen

Alle Anträge wurden von den Konferenzen übernommen.

Im Rahmen der sonstigen Tätigkeit sind noch zwei Betriebsbesichtigungen erwähnenswert, die zur Firma Gebrüder Stellworek nach Köln bei je 40 Teilnehmerinnen durchgeführt wurden mit anschließender Weiterfahrt ins Bergische Land.

Auf dem Beamtensektor vertritt beim DGB der Örtliche Beamtenausschuß die Interessen aller Beamten, soweit Fragen allgemeiner Art behandelt werden. Im einzelnen bestand die Aufgabe in der Beobachtung der Gesetzgebung für die Beamtenschaft, in der Sicherung der von den Beamten wohlverworbenen Rechte, in der Beamtenschaft, neue Gesichtspunkte und Überlegungen zum Beamtentum in die Diskussion zu bringen und in der Sorge um die wirtschaftliche Bestenstellung aller Beamten.

Im Ausschuß sind Vertreter von ÖTV, GdD, Post und Erziehungswissenschaft delegiert, der Vorsitzende ist der Kollege Rudolf Walther.

Die örtliche Tätigkeit zeichnete sich besonders durch unermüdete Zusammenarbeit aus. Es kam darauf an, die Wünsche und Meinungen der Kollegenschaft näher zu konkretisieren und sie dann als örtliche Vorschläge an die anderen DGB-Instanzen weiterzugeben. Auf solche Vorschläge fußen die Entwürfe des Bundesvorstandes für die Beamtengesetzgebung. Eine weitere wirksame Hilfe in der Gesetzgebung bedeutet die Kontaktpflege mit den zuständigen Bundesgesetzgebungsorganen zwischen den Lesungen der Gesetze. Verbindungen zu allen anderen Behörden und Instanzen wurden ebenfalls aufrechterhalten.

Die beamtenpolitische Arbeit konnte ohne intensive Meinungsbildung und -pflege in der Mitgliedschaft nicht durchgeführt werden. So nahm die Versammlungs- und Sitzungstätigkeit einen breiten Raum ein. Im Mittelpunkt standen z.B. das Beamtenrechtsengesetz mit der Verkürzung der Arbeitszeit, das Personalvertretungsgesetz, das am 28.6.57 verabschiedet wurde, das Bundesbesoldungsgesetz mit Erhöhung der Endgrundgehälter auf 165%, die Frage der Vollwertsgehaltfunktionen, die Forderung eines 13. Monatsgehältes, Rationalisierung und Verwaltungsreform usw.

Folgende Versammlungen befaßten sich mit besonderen Themen:

"Der Beamte in der öffentlichen Meinung"

"Überblick über das neue Besoldungsgesetz 1957"

"Was erwartet die Beamtenschaft vom 3. Deutschen Bundestag?"

"Was bringt das neue Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen?"

"Sinn und Bedeutung der Arbeit für Personalvertretung vom 31.12.56"

"Der Staat frist uns auf, sagen die einen -  
Das geht den Staat an, sagen die anderen -  
Was sagt dazu die Beamtenschaft?"

"Laufbahnrecht, Besoldung Beihilfen"

"Besoldung in Bewegung"

"Nach langen Jahren unzulängliche Lösungen"

In den letzten 3 Jahren nahmen mehrere Kollegen an Scholungskursen der Bundesschule für Beamte teil. Auch die beamtenpolitischen Arbeitstagungen des Landesbezirks wurden von uns besucht. Anlässlich der öffentlichen Diskussion verschiedener Beamtenfragen hielten wir mit Waldemar Reuter und Kurt Euler (Bundesvorstand, Hauptabteilung Beamte) Pressekonferenzen ab. Überhaupt sind gerade viele Beamtenfragen in der Oberhausener Presse behandelt worden. Die sachverständige Besprechung in den Zeitungen hat sicherlich zum Verständnis der Forderungen der Beamtenschaft beigetragen.

Die Angestelltenarbeit wickelte sich im satzungsgemäßen Rahmen ab und befaßte sich mit allen Fragen, die für die im DGB organisierten Angestellten von allgemeiner Bedeutung sind. In erster Linie waren das in der Berichtszeit Probleme der Sozialpolitik, des Arbeitsrechts, der Wirtschaft sowie der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung.

Im Jahre 1957 war ein herausragender Punkt das Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz vom 23. Februar 1957. Da hierdurch das bestehende Recht umfassend geändert wurde, führten wir in unserer Schulung eine spezielle Behandlung des Angestelltenversicherungsrechts durch und standen unseren Kolleginnen und Kollegen mit Rat und Tat zur Seite.

Im Mittelpunkt des Jahres 1958 standen die Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung. Für die Angestellten waren die Wahlen wichtig in den größeren Angestellten-Ersatzkrankenkassen und in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Das Oberhausener Ergebnis entsprach nicht unseren Erwartungen. Hier konnten wir für unsere Stadt nur einen Versichertenältesten (Hermann Schumacher) durchbringen. Trotz der Herausgabe einer 24-seitigen Wahlillustrierten (durch den Bundesvorstand) und zahlreichen anderen Werbematerials blieb unser Stimmenanteil bei den Angestellten gering. Er betrug 19,3% der gültigen Stimmen und erzielte die gleiche Prozentzahl wie 1953. Im Bundesdurchschnitt erreichte der DGB 17,8% aller gültigen Stimmen. Sicherlich wird das Wahljahr 1962 im Angestelltenbereich erhöhte Bereitschaft von uns verlangen.

Die Schulungsarbeit der Angestellten, die sich sonst an den allgemeinen Bildungsmaßnahmen beteiligten, verstärkten wir 1959 durch zwei Wochenendschulungen in Orsoy (30.5.) und Lospertal (18.9.). Wir behandelten vor 40 - 60 Teilnehmern:

"Der Angestellte in der heutigen Wirtschaft  
und Gesellschaft"

"Rationalisierung und Automation in Büro und  
Verwaltung"

"Das neue Angestelltenversicherungsgesetz"

Die Wochenendschulungen halten wir für eine gute Maßnahme, die Teilnehmer in einer aufgelockerten Weise mit den einschlägigen Fragenkreisen vertrautzuwaschen.

## Jugendarbeit

Die arbeitende Jugend in Deutschland mußte auch in der Berichtszeit dieses Geschäftsberichtes vergebens auf die Verabschiedung eines neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes warten. Schneller erledigte der Deutsche Bundestag Gesetze anderer Art.

Als die Gewerkschaftsjugend Oberhausen am 8.11.1959 zu ihrer letzten Delegiertenkonferenz in dieser Berichtszeit zusammenkam, erinnerten sich die Delegierten an die Nacht vom 9. zum 10.11.1938, als in Deutschland 250 Synagogen in Brand gesteckt und 20 000 Juden in Haft genommen wurden. Bei dieser Gelegenheit verwiesen die Delegierten mit Recht auf die Veranstaltung des Stadtjugendringes am 30.8.1959 hin und waren sich darin einig, daß sich das nicht wiederholen darf. Leider stellten wir einige Tage nach dieser Delegiertenkonferenz fest, daß die Verantwortlichen dieser Taten doch wieder versuchen, mitzureden. In vielen Orten bilden sich nationalsozialistische Organisationen, ehemalige führende Nationalsozialisten sprechen in der deutschen Politik ein ernstes Wort mit und erst sehr spät haben die demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik diesen Männern und Gruppen ihren Kampf angesagt.

Uns als jungen Gewerkschaftern ist die Aufgabe gestellt, unsere Demokratie zu stützen und sie vor allen radikalen und diktatorischen Elementen zu schützen.

Die Jugend-Delegiertenkonferenz am 7.4.1957 beschäftigte sich mit der Jugendarbeit der Oberhausener Gewerkschaftsjugend und bestätigte die von den einzelnen Gewerkschaften gewählten Vertreter für den Ortsjugendausschuß.

Im Laufe der Berichtszeit war eine zweimalige Ergänzung des Ortsjugendausschusses notwendig. Diese Ergänzungen sind insbesondere darauf zurückzuführen, daß ein Teil unserer Jugendfunktionäre zur Bundeswehr eingezogen wurde.

Die Delegierten in der Konferenz am 7.4.1957 vertraten 11 658

jugendliche Gewerkschafter aus Oberhausen. Bis heute hat sich die Zahl der jugendlichen Mitglieder - Stand am 31.12.59 - auf 12 762 erhöht. Die Entwicklung v. n 1957 bis heute zeigt sich in nachfolgender Aufstellung:

Alter v. -b.	31.12.56		31.12.57		31.12.58		31.12.59	
	m	w	m	w	m	w	m	w
14 - 21	5858	448	5458	574	6101	632	6337	795
21 - 25	4768	584	4927	510	5092	567	5107	523

Die Mitgliederzahlen der Jugendlichen nach Jahren:

1956: = 11 658

1957: = 11 478

1958: = 12 332

1959: = 12 762

Der zur Zeit noch amtierende und für die Jugendarbeit in der Be-  
richtzeit verantwortliche Ortsjugendausschuß setzt sich aus fol-  
genden Kollegen zusammen:

IG Bergbau:

Siegbert Korte, Kurt Urselmann und H.-J. Petersdorf

IG Metall:

Friedel Smilg, Wolfgang Böhner und Ferdinand Backmann

IG Bau:

Rudi Vier und Julius Peil

GdED:

Joachim Fiedler und Willi Mathis

Gew. HBV:

Günter Markowitz

ÖTV:

Karl-Heinz Dahren

Druck und Papier:

Werner Urau

IG Chemie:

Wolfgang Schmitt

Abteilung Jugend:

Willi Haumann

Gäste:

Günter Holzmann, Rolf Knauf und Georg Poß

Der Ortsjugendausschuß kam in seiner Amtszeit zu 39 Sitzungen zusammen. In diesen Sitzungen wurden die Probleme der Jugendarbeit erörtert. Die Hauptberatungen gingen um folgende Probleme:

Jugendpflegearbeit  
Öffentlicher Jugendschutz  
Jugendarbeitsschutz  
Freizeitgestaltung  
Staatsbürgerliche Seminare  
Betriebsjugendvertreterwahlen  
Schulungen  
Jugendgruppenleiterschulungen  
Organisationsfragen.

In der Berichtszeit hat die Gewerkschaftsjugend eine größere Anzahl erwähnenswerter Veranstaltungen durchgeführt, die an dieser Stelle kurz aufgezeigt werden sollen.

1957

Lehrlingsbefragungsaktion

In Oberhausen wurden 1957 annähernd 5 000 Lehrlinge über Arbeitszeit, Mehrarbeit, Ausbildungsstand, Sonntagsarbeit usw. befragt.

Diese Fragebogenaktion gehörte zur Repräsentativerhebung des Bundesvorstandes über die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzes. Das Ergebnis wurde in einer Denkschrift der Hauptabteilung Jugend zusammengefaßt und allen Bundestagsabgeordneten und allen öffentlichen Körperschaften zugestellt.



Damit wurde die Notwendigkeit für ein neues und besseres Jugendarbeitsschutzgesetz unterstrichen.

#### Jugendarbeitsschutzaktion

In Verbindung mit allen Gewerkschaften wurde die Jugendarbeitsschutzaktion in Form einer Aufklärung durch Versammlungen, Diskussionen und Flugblattverteilung vorgenommen.

#### Sommerabschlußtreffen

Das 3. Sommerabschlußtreffen wurde in Oberhausen durchgeführt. Daran beteiligten sich die Jugendlichen der umliegenden Orts- und Kreisausschüsse. Wir zählten ca. 2 000 Teilnehmer. Die Gesamtveranstaltung stand unter dem Motto "Wir alle".

Die Unterbringung der Teilnehmer erfolgte im und am Gewerkschaftsjugendheim im Kaisergarten.

Mit einem eindrucksvollen Demonstrationsszug zogen die Teilnehmer vom Gewerkschaftsjugendheim durch die Innenstadt zum Altmarkt und nahmen an einer Abendveranstaltung, auf der die Frau Oberbürgermeister Albertz und der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks NRW, Kollege Willi Haferkamp, sprachen, teil. Am folgenden Tag wurden sportliche und musische Wettkämpfe ausgetragen.

#### Unterricht vor den Abschlußklassen der Oberhausener Volksschulen

In über 60 Abschlußklassen der Oberhausener Volksschulen wurde im Jahr 1957 über den Jugendarbeitsschutz und Lehrlingsfragen referiert. Nach diesen Referaten wurden den Schülern Aufklärungsmaterial für die Eltern mitgegeben. Durch diese Aufklärungsreihe haben sehr viele Eltern den Weg zu uns gefunden, um weitere Auskünfte einzuholen.

#### 1958

1958 wurde die Aufklärung über Jugendarbeitsschutz sowie die Unterrichtsarbeit in den Abschlußklassen der Volksschulen fortgeführt.

#### Internationale Begegnungen

32 englische Jugendliche aus der Stadt Corby waren Gäste der Oberhausener Gewerkschaftsjugend in der Zeit vom 14.7. - 26.7.58.

Aus Middlesbrough kamen 34 Jugendliche in ihre Patenstadt Oberhausen. Sie wohnten ebenfalls im Gewerkschaftsjugendheim.

Ein gut durchdachtes Programm gab beiden Gruppen die Möglichkeit, das Ruhrgebiet und die Gaststadt Oberhausen und die Oberhausener Jugendverbände kennenzulernen.

Der Austausch mit der Stadt Corby war in diesem Jahr erstmalig durchgeführt worden, er soll von Zeit zu Zeit wiederholt werden. Dabei ist ebenfalls ein Gegenbesuch deutscher Jugendlicher in England mit eingeschlossen.

#### SBZ-Maßnahmen

In den Jahren 1957, 1958 und 1959 führten wir je eine Eingliederungsmaßnahme für jugendliche Flüchtlinge aus der Zone durch. In Verbindung mit unserem Kollegen Hans Düsterbus vermittelten wir, versehen mit einer Starthilfe, die Jugendlichen in Arbeit und Unterkunft. Vor der Vermittlung wohnten sie 14 Tage in unserem Jugendheim am Kaisergarten. In dieser Zeit machten wir sie erst mit den Gegebenheiten in Westdeutschland bekannt.

#### Sportfest

An Stelle der in den vergangenen Jahren durchgeführten Sommerabschlußtreffen trat in diesem Jahr aus finanziellen Gründen eine Sportveranstaltung. Dieses Sportfest wurde von allen Gewerkschaften besichtigt. Folgende Sportwettkämpfe wurden durchgeführt:

Fußball, Tischtennis, Schwimmen, Leichtathletik.

#### 1959

#### Woche der Jugend

Anfang 1959 wurde in Verbindung mit dem Stadtjugendring unter Federführung der Gewerkschaftsjugend die "Woche der Jugend" in Oberhausen durchgeführt. Neben der großen Ausstellung "Werken und Basteln" wurde erstmalig von jugendlichen Mitgliedern der Jugendorganisationen ein Jugendparlament zusammengestellt mit einem echten Verhandlungstag im Rathaus. Gleichzeitig stellte die Jugend für die gesamte Woche den Oberbürgermeister, den Oberstadtdirektor und die Beigeordneten. Diese "Woche der Jugend" fand in der ge-

samtan Presse sowie im Fernsehen und Rundfunk größte Beachtung.

#### Sportveranstaltung

Auch im Jahre 1959 wurde eine große Sportveranstaltung durchgeführt. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand ein Mopedgeschicklichkeitsfahren im Jugendverkehrsgarten unter Mitwirkung der Polizei und der Verkehrswacht.

#### Internationale Begegnung

Im Juli 1959 fuhr eine Gruppe Oberhausener Jugendlicher zum Gegenbesuch nach Corby in England. Der Leiter war der Kollege Georg Poß. Nach den Zeitungsberichten, die in Corby erschienen sind und nach Aussage unserer Fahrtteilnehmer war dieser Gegenbesuch für alle ein außerordentliches Ereignis.

Die Stadt Corby ist für die Oberhausener besonderes interessant, weil das 1936 entstandene Hüttenwerk von einer Oberhausener Firma gebaut wurde. Heute leben in Corby noch eine Anzahl Oberhausener.

#### Wächst Gras darüber?

Am 30.8.59 wurde vom Stadtjugendring eine von der Gewerkschaftsjugend geplante Veranstaltung aus Anlaß der 20-jährigen Wiederkehr der Kriegserklärung an Polen durchgeführt. Unter Mitwirkung des Städt. Orchesters, verschiedener Künstler der Städt. Bühnen und des Kollegen Edmund Duda vom Bundesverband brachten wir einen Rückblick auf die Zeit des Krieges und des Naziregimes.

#### Campinglager Sonsfeld

1959 errichteten wir zum ersten Mal in Sonsfeld ein ständiges Campinglager für unsere Jugendgruppen. Durch diese Einrichtung war es unseren Jugendgruppen möglich, ohne längere Vorbereitung ständig einige Tage Urlaub zu machen. Ein größerer Teil der Jugendlichen hat sogar seinen gesamten Urlaub dort verbracht. Wir stellten die komplette Campingausrüstung mit Kochgelegenheit, Luftmatratzen und Wolldecken zur Verfügung.

Die an dieser Stelle aufgeführten Sonderveranstaltungen waren

Höhepunkte der Gewerkschaftsjugendarbeit in der Berichtszeit. Neben diesen Veranstaltungen fanden viele kleinere Maßnahmen großen Anklang.

In allen Jahren wiederholten sich folgende Feiern und Zusammenkünfte:

#### Vorabend 1. Mai

Vor dem Rathaus in Oberhausen führte die Gewerkschaftsjugend jedes Jahr eine Feier zum Vorabend des 1. Mai durch. Eine Ansprache und Darbietungen (Volkstanz, Musik, Laienspiel usw.) waren Inhalt dieser Feiern. 1959 lautete das Motto dieser Veranstaltung

"Wiedervereinigung ohne Gewalt - doch bald".

Aus Anlaß dieses bedeutenden Titels wurde am Schluß des Abends ein Wackelzug durch die Innenstadt geführt.

#### Jahresabschlußfeiern

Zum Schluß eines jeden Jahres trafen sich die Jugendfunktionäre der Gewerkschaften zu einer Jahresabschlußfeier im Gewerkschaftsjugendheim. In jedem Jahr erhielten die Jugendlichen ein kleines Geschenk. Im letzten Jahr war es durch Unterstützung der Gewerkschaften möglich, allen Jugendlichen das Buch von Annedore Heber, "Das Gewissen entscheidet", zu überreichen. Frau Oberbürgermeister Albertz überreichte persönlich diese Bücher an die Jugendfunktionäre. Vielleicht war das der Anstoß dafür, daß der Rat dieser Stadt nun allen Schulentlassenen das gleiche Buch aushändigte.

#### Sommermaßnahmen

In der Berichtszeit führte die Gewerkschaftsjugend eigene Sommermaßnahmen in

Schweden,  
England,  
Italien und  
Österreich

durch.

Viele Jugendliche nahmen die Gelegenheit wahr, an diesen internationalen Begegnungen teilzunehmen.

### Wochenendschulungen

In regelmäßigen Abständen führten wir Wochenendschulungen für Jugendgruppenleiter, Jugendfunktionäre und Betriebsjugendvertreter durch. Behandelt wurden in diesen Lehrgänge nachfolgend aufgeführte Themen:

- Jugendgruppenleiterfragen
- Betriebsjugendvertreterangelegenheiten
- Öffentlicher Jugendschutz
- Jugendarbeitsschutz
- Allgemeine Jugendpflege
- Jugendwohlfahrtsrecht
- Jugendgruppenarbeit
- Heimabendgestaltung
- Sprecherziehung
- Neigungsgruppenarbeit (Werken, Basteln, Fotografieren, Volkstanz usw.)
- Aktuelle staatsbürgerliche Themen.

### Abendschulungen

In allen Jahren kehrte in unserem Abendschulungsprogramm neben verschiedenen Bildungsreihen unsere in den Jugendkreisen beliebte Folge "Wer macht mit?" wieder. Neben Vorträgen über die verschiedensten Länder und ihre Berührungspunkte mit Deutschland, über verschiedene Gebiete der Kultur, des Bastelns, fanden in dieser Reihe stark besuchte Quizabende statt. Gut besucht wurden auch die Gesprächsabende mit Redaktoren verschiedener Tageszeitungen. Immer wieder fanden die Lichtbildervorgränge des Herrn Oberstudienrats Münzner großen Anklang.

In der Berichtszeit zeigten wir unseren Jugendlichen viele der neu erschienenen sozialkritischen 16-mm-Filme.

### Heimabende

Die Jugendlichen trafen sich zu Heimabenden wöchentlich im Gewerkschaftsjugendheim am Kaisergarten, darüber hinaus aber auch in einigen Gaststätten und werkseigenen Räumen. An dieser Stelle können der Vielzahl wegen die Gruppen nicht einzelnen genannt werden.

Die Gewerkschaftsjugend hofft, daß durch den Bau des städtischen Jugendheims am Graf-Haeseler-Platz und der Einrichtung der Jugendräume im Gewerkschaftshaus an der Friedrich-Karl-Straße ihre Raumnot behoben wird.

#### Gewerkschaftsjugendheim

Das Gewerkschaftsjugendheim am Kaisergarten konnte im letzten Jahr endgültig fertiggestellt werden. Mit einem größeren Aufwand wurden die restlichen Räume als Schlaf- und Spielräume sowie Werkstätten für Holz, Metall- und Fotoarbeiten ausgebaut und eingerichtet. Diese neuen Räume sind bei allen Jugendlichen sehr beliebt und werden gut besucht.

Das Haus wurde von unserem Kollegen Georg Poß und seiner Gattin ausgezeichnet geführt und verwaltet.

Die Grünanlage ist jetzt in Ordnung und kann von den Jugendgruppen benutzt werden.

Das Jugendheim wird gerne für Schulungen von den umliegenden Orts- und Kreisausschüssen und den Gewerkschaften in Anspruch genommen. In den letzten 3 Jahren waren fast alle Wochenenden belegt.

#### Jugendring

Den Vorsitz im Stadtjugendring stellte in den letzten 2 Jahren die Gewerkschaftsjugend. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Jugendverbänden war gut. Daraus resultierten auch die Veranstaltungen, die an anderer Stelle im Bericht bereits genannt wurden.

#### Rat der Stadt und Stadtverwaltung

Mit der Stadtverwaltung konnte in allen Fragen der Jugendarbeit immer Übereinstimmung erzielt werden. Ein besonders gutes Verhältnis bestand zwischen Gewerkschaftsjugend und dem Stadtjugendpfleger Günter Knop, der in seiner Freizeit wiederholt vor Jugendgruppenleitern oder Jugendfunktionären über ihre Aufgaben sprach und unsere Sonderveranstaltungen regelmäßig besuchte.

Dank sagen wir an dieser Stelle dem Rat dieser Stadt für seine großzügige Hilfe durch Bereitstellung kommunaler Mittel für die Jugend. Nur durch den Erhalt dieser Zuschüsse war es uns möglich,

unsere Jugendarbeit in einem solchen Ausmaße durchzuführen.

### Berufsschulen

Mit den Berufsschulen bzw. ihren Leitern haben wir in den letzten Jahren einen guten Kontakt gefunden und in Verbindung mit der Landesarbeitsgemeinschaft "Arbeit und Leben" führen wir regelmäßig staatsbürgerliche Seminare für Berufsschüler durch.

Die Einführung der 5-Tage-Woche an den Berufsschulen ist bis auf die Stadt. Handelelehreanstalt vorgenommen worden, so daß auch für alle berufsschulpflichtigen Jugendlichen das verlängerte Wochenende Wirklichkeit wurde.

### Überörtliche Arbeit

Zu Beginn der Berichtszeit oblag der Abteilung Jugend noch die Betreuung der Orts- und Kreisausschüsse Dinslaken, Wesel, Rees, Gladbeck, Bottrop und Mülheim. Im Laufe der Berichtszeit konnte dieser nicht gerade gute Zustand in Verbindung mit dem Landesbezirk geändert werden, so daß jetzt zum überörtlichen Bereich nur der Ortsausschuß Mülheim zählt. Seit Ende 1959 ist die Mitarbeit im Ortsausschuß Mülheim nur noch bei besonderen Jugendfragen notwendig geworden.

### Schlußbetrachtung

In den Jahren 1957, 1958 und 1959 hat die Gewerkschaftsjugend Oberhausen in den in diesem Bericht enthaltenen Maßnahmen ihre Aufgabe gesehen. Daß dieser Weg ein brauchbarer ist, zeigt die Mitgliederentwicklung der jugendlichen Mitglieder in den Gewerkschaften.

In überzeugender Arbeit haben unsere Jugendfunktionäre und älteren Kollegen in den Betrieben, in ihren Ortsgruppen und Stadtteilen für die Gewerkschaftsjugend gearbeitet. Ihnen möchten wir hier danken und hoffen, daß sie auch in den kommenden Jahren bereit sind, für die Belange der Jugend einzutreten.

Die Zusammenarbeit mit den Jugendausschüssen der Gewerkschaften und den Ortsverwaltungen war ausschließlich gut. Durch die Koordinierung von Schulungen und Veranstaltungen konnte ein größerer Kreis unserer